

Außerordentlicher Landesparteitag 1.+2. Nov 2002

**Drucksache C 34**

Kreis Nord

## **Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik**

### **Sozialdemokratische Bildungspolitik für Hamburg**

In keinem Land der OECD ist die soziale Herkunft für den Bildungserfolg so entscheidend wie in Deutschland. Die soziale Diskriminierung in der Schule zu beheben, muss für die Sozialdemokratie das zentrale Anliegen ihrer Bildungspolitik sein.

#### **Bildung fördert individuelle Freiheit und Entfaltung – und Wohlstand**

Sozialdemokratisches Ziel ist die freie Entfaltung jeder und jedes Einzelnen als Voraussetzung der freien Entfaltung aller. Die Voraussetzung dafür schafft Bildung. In der modernen komplexen Gesellschaft von heute bedeutet Bildung jedoch nicht in erster Linie das Aufnehmen immer größerer Informationsmengen oder das Erlernen von individualisierten Erfolgstechniken, sondern das Erlangen von Orientierungswissen und Urteilsfähigkeit zur kritischen und selbstbestimmten Aneignung der Welt.

Dieses „Emanzipationsziel“ von Bildung steht gleichrangig neben den „Qualifikationszielen“, also dem Erlernen von praktischem Gebrauchswissen, Techniken und Methoden. Eine einseitige Ausrichtung von Bildung an ökonomischen Verwertungs- und Standortwettbewerbsinteressen lehnen wir ab. Diese neoliberale Verengung von Bildung im Sinne produktiver und verwertungsoptimierter „Skills“ reduziert und nivelliert die Menschen auf ihre Funktion als Produktionsfaktoren.

#### **Gleiche Bildungschancen stärken Demokratie und Solidarität**

Alle Menschen sollen ihre Individualität gleichermaßen entfalten können. Gleiche Bildungschancen sind hierfür zentral. Um sie tatsächlich zu gewährleisten, müssen Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen durch gezielte individuelle Förderung die bestehende vielfache Ungleichheit der Ausgangsbedingungen ausgleichen.

So schaffen wir darüber hinaus die Voraussetzung für die Entfaltung der Demokratie und für solidarische, nicht-autoritäre Einstellungen bei den Menschen. Demokratie braucht Mitwirkung und Solidarität – Mitwirkung braucht Urteilsfähigkeit und Wissen – Solidarität braucht Chancengleichheit.

Das ist auch die richtige Alternative zu konservativen Bestrebungen, angesichts von sozialem Zerfall und der Zunahme gewaltförmiger Auseinandersetzungen bei Jugendlichen wieder stärker auf „Werteerziehung“, gar das Erlernen von autoritären Tugenden zu setzen: Wertorientierungen erlernt man durch kritische Auseinandersetzung und praktisch erlebte Demokratie und Solidarität, nicht durch autoritäres Einpauken.

### **Leistung durch Anerkennung fördern**

Wohlstand beruht auf produktiver Arbeit, und produktive Arbeit setzt Wissen und Fertigkeiten voraus. Auch in diesem Sinne brauchen wir Leistungsfähigkeit. Und: Leistung macht Spaß! Deshalb wollen wir die Leistungsfähigkeit *aller* Kinder optimal fördern. Doch anders als die Konservativen wissen wir: Nachhaltige Leistungsmotivation entsteht besser durch eine Kultur der Anerkennung und Förderung in Schule und Gesellschaft. Frauen und Männer müssen gleichberechtigten Zugang zur gesamten Arbeitswelt bekommen. Durch autoritäres Einschüchtern und Abfordern wird Leistungsmotivation ausgebremst.

### **Chancengleichheit erfordert ein öffentliches und kostenloses Bildungssystem**

Eine Privatisierung – und damit Kommerzialisierung und ökonomische Abhängigkeit – von Bildung steht sowohl der Chancengleichheit als auch kritisch-emanzipatorischen Bildungsinhalten entgegen; dies zeigen v.a. die amerikanischen Erfahrungen deutlich. Allerdings setzt der Erhalt des öffentlichen Bildungssystems eine ausreichende materielle Ausstattung voraus, um optimale Leistungen erreichen zu können. Diese finanzielle Basis darf jedoch nicht durch spezielle Gebühren irgendwelcher Art – z.B. für Lernmittel – erwirtschaftet, sondern muss aus dem allgemeinen Steueraufkommen geleistet werden.

### **Eine Schule für alle Kinder: Chancengleichheit und Leistung durch Integration**

Das dreigliedrige Schulsystem ist mit einer modernen und sozialen Gesellschaft nicht vereinbar. So lange es fortbesteht, wird es stets aufs Neue die Aufrechterhaltung struktureller sozialer Ungleichheit in unserer Gesellschaft befördern. Wir SozialdemokratInnen wollen es deshalb überwinden zugunsten eines Schulsystems, das allen Kindern die gleichen Chancen auf bestmögliche Bildung bietet und auf frühe Selektion verzichtet. Dabei zeigen die jüngsten Ergebnisse der internationalen Schulforschung („PISA“) eindrucksvoll: die integrierten Schulsysteme der im Vergleich vorderen Länder sind nicht nur gerechter, sondern auch erheblich leistungsfähiger!

Dabei verschließen wir nicht die Augen vor den Defiziten der bei uns existierenden Gesamtschulen. Sie müssen anhand von Erfahrungen und Forschungsergebnissen so weiterentwickelt werden, dass sie allen Kindern bestmögliche Lernangebote machen und auch Spitzenleistungen angemessen fördern. Dafür müssen sie aber auch hinreichend materiell ausgestattet werden. Denn „PISA“ zeigt auch: gute Bildung braucht gute Betreuung, v.a. in den frühen Schuljahren.

### **Gute Bildung braucht entsprechende Sozial- und Gesellschaftspolitik**

Notwendig ist hierfür allerdings das Ineinandergreifen von Bildungs- und Sozialpolitik. Denn wir wissen heute, wie entscheidend für die Lernfähigkeit und Lernmotivation der Kinder die Bedingungen im familiären Umfeld sind, in dem sie aufwachsen. Deshalb braucht wirkliche Chancengleichheit die Unterstützung einer Sozial-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik, die soziale Ungleichheiten abbaut und prekäre, bildungsfeindliche Familienverhältnisse und Wohnumilieus verhindert.

### **Sozialdemokratische Bildungspolitik für Hamburg**

Daher wird eine sozialdemokratische Bildungspolitik für Hamburg an den Erfahrungen der Hamburger Schulen anknüpfen und die Erkenntnisse der neueren Bildungsforschung zum Wohle der Kinder und Jugendlichen umsetzen. Alle Kinder und Jugendli-

chen sollen die gleiche Chance auf Bildung haben, unabhängig von der Herkunft, vom Bildungshintergrund oder dem sozialen Status der Eltern. Das Schulwesen wird den Grundsätzen der Integration und Prävention, dem gemeinsamen Lernen von Kindern und Jugendlichen verpflichtet sein. Die Schulen verbleiben weiterhin in staatlicher Verantwortung. Sie werden ihre pädagogischen Aufgaben unter demokratischer Mitwirkung aller Beteiligten und unter öffentlicher Rechenschaftslegung weitgehend selbstständig erfüllen.

In diesem Sinne wird eine sozialdemokratische Bildungspolitik für Hamburg die folgenden Maßnahmen ergreifen:

### **1. Vorschulische Bildung stärken**

Sozialdemokraten werden dafür sorgen, dass Familienerziehung und vorschulische Bildungsarbeit sich sinnvoll ergänzen. Alle Eltern sollen entscheiden können, ob sie ihr Kind in eine Vorschulklasse mit einem Angebot am Nachmittag (einschließlich der Ferienzeiten) oder in einen Kindergarten / eine Kindertagesstätte schicken wollen. Sie sollen in jedem Falle sicher sein können, dass ihr Kind in dieser, für die Persönlichkeitsentwicklung und Intelligenzentwicklung entscheidenden Phase im Sinne einer vorschulischen Bildung gestärkt wird. Alle vorschulischen Einrichtungen erhalten einen klar definierten Bildungsauftrag, der - unabhängig vom jeweiligen Träger - verbindlich wird. Dazu gehört die Vermittlung grundlegender sozialer Fähigkeiten ebenso wie die gezielte Sprachförderung, die musikalisch ästhetische Bildung, die Bewegungserziehung und die Weckung bzw. Förderung der kindlichen Kreativität, Neugier und Lernmotivation. Sozialdemokraten streben ein einheitliches System vorschulischer Bildung an und werden schrittweise die Voraussetzungen schaffen, um die Einrichtungen der vorschulischen Bildung für die Eltern - insbesondere im letzten Jahr vor der Einschulung - kostenfrei anbieten zu können.

### **2. Frühe Einschulung und verlässliche Förderung erreichen**

Der Übergang vom vorschulischen Bereich zur Grundschule wird inhaltlich besser abgestimmt und organisatorisch besser verzahnt. Für die Vorschulklasse und die Klassenstufen 1 und 2 wird eine integrativ arbeitende Eingangsstufe geschaffen. Jahrgangübergreifender Unterricht wird gestärkt. Schulpflichtige Erstklässler sollen beschult und gefördert werden und nicht durch Zurückstellung vom Schulbesuch abgehalten werden. Die Schulen entwickeln besondere Programme um die Kinder, die bislang als "nicht schulreif" zurückgestellt wurden, gezielt zu fördern. Es ist notwendig, die Grundschulen für diese anspruchsvolle Arbeit zu qualifizieren und bedarfsgerecht auszustatten. Dazu gehört die flächendeckende Einführung integrativer Regelklassen, die konzeptionell geeignet sind, Kindern durch frühzeitige Prävention und sonderpädagogische Förderung eine negative Schulkarriere zu ersparen.

### **3. Abschaffung der Schullaufbahnpflicht**

Die bisherige Schullaufbahnpflicht nach der Klasse vier vermag es nicht, die Leistungspotenziale des Kindes sicher zu prognostizieren und eine treffsichere Zuordnung zu den bestehenden Schulformen vorzunehmen. Sozialdemokraten werden - im Vorgriff auf eine weiter gehende Neuformung des Schulsystems - kurzfristig die formelle Schullaufbahnpflicht zu so einem frühen Zeitpunkt abschaffen. Schülerinnen und Schüler erhalten stattdessen nach Klasse 4 ein Versetzungszeugnis auf die Sekundarstufe I und eine intensive Beratung. Dadurch haben die Eltern eine größere Wahlmöglichkeit und es findet keine Vorfestlegung der Schullaufbahn mehr statt.

### **4. Erhaltung der Bezirksgrundschulen**

Sozialdemokraten werden das Prinzip der Bezirksgrundschulen erhalten. Im Zusammenwirken mit einer förderlichen Stadtteilpolitik ist die gemeinsame Grundschule eine wichtige Grundlage für das friedliche Miteinander in den Stadtteilen. Die Zielsetzungen

Integration und Chancengleichheit machen es erforderlich, den Schulen in sozialen Problemgebieten noch deutlicher eine gezielte Unterstützung bei der Ausstattung für diese Aufgaben zukommen zu lassen. Eltern sollen die Gewissheit haben, dass ihr Kind an der Grundschule in ihrer Nachbarschaft optimal gefördert wird.

Eine qualitative Veränderung der Grundschule im Sinne der Punkte 2 bis 4 schafft die Basis für das Vertrauen der Eltern und somit zugleich die Grundlage, auf der für eine frühzeitigere Einschulung in der zuständigen Bezirksgrundschule geworben werden kann.

### **5. Sprachkompetenz verbessern**

Bei der Erschließung des Bildungspotenzials eines jeden Kindes und der Schaffung von Chancengleichheit kommt der Sprachförderung im vorschulischen und im schulischen Bereich eine Schlüsselstellung zu. Gezielte Sprachförderung, z.B. für zweisprachig aufwachsender Kinder, ist dabei gleichzeitig ein Beitrag zur gesellschaftlichen Integration. Sozialdemokraten werden daher die Sprachförderung im vorschulischen Bereich, in den Grundschulen und in den SEK I - Schulen deutlich verbessern. Dazu gehören eine verlässliche Förderung zweisprachig aufwachsender Kinder ebenso wie die gezielte Förderung für Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse, damit sie möglichst schnell am normalen Unterricht in ihrer Lerngruppe teilnehmen können. Den Eltern von Kindern mit anderer Herkunftssprache sollen, beginnend im vorschulischen Bereich und dann die Schule begleitend, verstärkt attraktive, kostenfreie Deutsch-Kurse für "Eltern und Kind" angeboten werden.

### **6. Das "Sitzen bleiben" abschaffen**

Mit dem "Sitzen bleiben", wie auch mit dem Abschieben in andere Schulformen, werden Lernprobleme nicht gelöst. Mit diesen Maßnahmen wird vielmehr die Verantwortung für ausgebliebenen Lernerfolg einseitig den Kindern und Jugendlichen zugeschrieben. Besser ist die gezielte Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Leistungsbereichen, in denen sie das Leistungsziel nicht erreicht haben. Sozialdemokraten werden die Entwicklung einer solchen Kultur der individuellen Förderung unterstützen und - im Vorgriff auf eine weiter gehende Neuformung des Schulsystems - als ersten Schritt dazu das "Sitzen bleiben" abschaffen.

### **7. Stärkung der schulischen Kompetenz und Eigenverantwortlichkeit**

Künftig werden nationale Standards und verbindliche Bildungsziele stärker vorgegeben. Für Sozialdemokraten gehört die Stärkung der Kompetenz und Verantwortung der Einzelschule für die Qualität der pädagogischen Arbeit und ihre regelmäßige interne Überprüfung ebenso dazu wie die Ergänzung durch externe Qualitätsprüfungen, wie z.B. laufendes Controlling der Ergebnisse des Unterrichts. Die Qualität schulischer Arbeit erschließt sich jedoch nicht allein aus den bei Schülerinnen und Schülern ermittelbaren Lernständen. Wichtige weitere Dimensionen schulischer Leistung sind z.B. die Effektivität schulischer Förderung bei Kindern mit schwieriger Ausgangslage, die Integrationsleistung im Stadtteil aber auch die Wahrnehmung des Bildungsauftrages hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit oder der Friedenserziehung. Sozialdemokraten werden einen solchen umfassenden Begriff von schulischer Leistung und ihrer Vergleichbarkeit mit den Schulen und der Öffentlichkeit erarbeiten und zur Grundlage der Qualitätsprüfungen machen. Gleichzeitig wird die Akzentuierung der neuen Bildungspläne und der Lernziele in bezug auf die festgestellten Defizite erfolgen. Beginnend mit der Grundschule wird die Lesekompetenz ebenso wie die mathematische und die naturwissenschaftliche Grundbildung nachdrücklicher als bisher gefördert werden, ohne nun andererseits die musisch-kulturelle Bildung zu vernachlässigen.

## 8. Lernmittelfreiheit herstellen

Die kostenlose Bereitstellung der elementaren Lernmittel ist für Sozialdemokraten eine wertvolle Errungenschaft und ein wichtiger Baustein zur Herstellung von Chancengleichheit im Schulwesen. Die notwendige Aktualisierung der Unterrichtswerke taugt nicht als Argument zur Abschaffung der Lernmittelfreiheit, weil im Kern dabei lediglich die unabwiesbaren Kosten verlagert werden. Sozialdemokraten werden anstelle eines aufwändigen Gutscheinsystems und des Verweises vieler Eltern auf den Gebrauchtmärkte die Lernmittelfreiheit wieder einführen. Es ist dabei dafür zu sorgen, dass die Schulen einerseits zur Pflege der Aktualität der Unterrichtswerke verpflichtet werden, andererseits dafür ausreichend finanziert werden.

## 9. Netz an Ganztagschulen aufbauen

Alle Eltern sollen die Möglichkeit erhalten, ihr Kind auf eine Schule mit einem Ganztagsangebot anzumelden. Sozialdemokraten werden das Netz der Standorte so dicht knüpfen, dass es mit einem zumutbaren Schulweg von jedem Kind / Jugendlichen erreicht werden kann. Das Konzept der Ganztagschulen einschließlich der Unterrichtsangebote am Nachmittag wird verbindlicher gestaltet sein und mehr erweiterte Lernangebote enthalten. Die Angebote der Ganztagschule sollen mit den Stadtteilangeboten für Jugendliche sinnvoll vernetzt werden.

## 10. Unser Ziel: Kein Jugendlicher ohne Schulabschluss!

Die angestrebte Verbesserung der schulischen Arbeit wird sich vor allem daran messen, ob es gelingt, möglichst keine Jugendliche / keinen Jugendlichen ohne Schulabschluss zu entlassen. Sozialdemokraten werden die Verbesserung einer praxisorientierten Berufsorientierung in Kooperation mit Ausbildungsbetrieben ebenso vorantreiben wie die gezielte Förderung der Schülerinnen und Schüler, die gegen Ende der Sekundarstufe I Gefahr laufen, keinen Abschluss zu erhalten. Um den Aspekt der Prävention zu stärken, werden die Potenziale der Berufsvorbereitungsschulen weitgehend in das allgemein bildende Schulwesen integriert. Für die konzeptionelle Ausrichtung auf die Bedürfnisse der abschlussgefährdeten Jugendlichen wird durch die Einführung eines obligatorischen allgemein bildenden 10. Pflichtschuljahres für alle Bildungsgänge die erforderliche Lernzeit geschaffen.

## 11. Modernisierung der Schulen der Sekundarstufe I

Die Ergebnisse der Bildungsforschung zeigen überdeutlich: Das bisherige gegliederte Schulsystem sortiert die Schüler viel zu früh, ist sozial ungerecht, hoch aufwändig aber wenig effektiv. Die behauptete Durchlässigkeit ist in Wahrheit eine Einbahnstrasse von "oben" nach "unten". Begabungsreserven werden nicht ausgeschöpft.

Ein Perspektivenwechsel wird nicht nur von den Anhängern der Gesamtschulen, sondern in vielbeachteten Stellungnahmen auch von "Abnehmern", wie z.B. des Handwerks, gefordert.

Ziel der Sozialdemokraten ist es, mittelfristig das Hamburger Schulwesen neu zu gestalten, um es leistungsfähiger zu machen und um die hohe soziale Selektivität des bisherigen Schulwesens zu überwinden. Die Sozialdemokraten treten daher für die Weiterentwicklung der Gesamtschule und ihre Einbettung in ein dreistufiges Gesamtkonzept ein.

Die erste Stufe bildet dabei der vorschulische Bereich (Vorschulklasse oder Kindergarten bzw. Kita), in dem allen Eltern ein Angebot gemacht wird. Darauf aufbauend soll in einer integrativen Gesamtschule, die im Regelfall 10 Jahre dauern soll, für alle Schülerinnen und Schüler eine breit angelegte Allgemeinbildung auf der Grundlage eines differenzierten Bildungsangebotes erfolgen. Diese neu zu gestaltende **Integrative Gesamtschule** greift die Erfahrungen auf, die mit den bisherigen Gesamtschulen in Hamburg

gemacht wurden und ergänzt sie um die Einsichten, die in der internationalen Schulforschung gewonnen wurden. Sie wird daher nicht die schlichte Fortschreibung der bestehenden Gesamtschulen sein, sondern wird unter Einbeziehung der Ergebnisse internationaler Schulforschung die Stärken der bisherigen Schulformen der Primarstufe und der SEK I in eine gemeinsame Perspektive einbinden. Durch ein gleichermaßen anspruchsvolles und attraktives pädagogisches Angebot wird die notwendige hohe Akzeptanz der "Schule für Alle" bei den Eltern erreicht und zudem gesichert werden, dass es in der Sekundarstufe I künftig nicht weiterhin ein Nebeneinander von einer "höheren" Schulform und einer "niederen" Schule geben wird. Ein solches Nebeneinander würde die Vorteile einer gemeinsamen Schule konterkarieren und schon bald wieder der sozialen Selektion eine Tür öffnen.

Die Grundzüge der **Integrativen Gesamtschule** sollen sein:

- Sie wird ausdrücklich der bestmöglichen individuellen **Förderung und Forderung in allen Leistungsbereichen** verpflichtet sein. Dazu gehört das gezielte Eingehen auf die Lerninteressen leistungsstarker Schülerinnen und Schüler ebenso, wie die effektive Förderung der Schülerinnen und Schüler mit Lernproblemen oder Leistungsschwächen.
- In ihr wird **Heterogenität als Normalfall** schulischen Arbeitens konzeptionell abgesichert. Dazu gehören ein differenziertes Unterrichtsangebot und eine systematische Einbeziehung der in einer heterogenen Lerngruppe vorhandenen lernförderlichen Potenziale ebenso, wie nicht zu große Lerngruppen, in denen Zeit für die individuelle Zuwendung bleibt.
- Sie wird **Förderung statt Auslese** praktizieren. Dazu gehört ein differenziertes Diagnostik- und Förderangebot ebenso wie die Vermeidung einer zu frühzeitigen Festlegung auf einen Schulabschluss und der grundsätzliche Verzicht auf das "Sitzen bleiben".

Im Anschluss daran soll die Spezialisierung in der dritten Phase durch die Fortsetzung des Bildungsganges entweder in der schulischen Oberstufe (Abitur) oder in der beruflichen Ausbildung jeweils über zwei bis drei Jahre erfolgen.

## **12. Ausbildung der Pädagogen reformieren und Fortbildung verbessern**

Die angestrebte Reform der vorschulischen Bildung und die anspruchsvolle Integrative Gesamtschule brauchen besser ausgebildete Fachkräfte und Lehrer. Die Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist verpflichtend und soll auch in ihrer unterrichtsfreien Zeit erfolgen. Sozialdemokraten werden für eine Verbesserung der Erzieher- und Sozialpädagogenaus- und -fortbildung und eine zügige inhaltliche Reform der Lehreraus- und -fortbildung sorgen. Diese Reformen werden an den Bedürfnissen eines zeitgemäßen Vorschulwesens und Schulwesens orientiert sein. Grundlage für die Lehrerausbildung werden dabei die Empfehlungen der Hamburger Kommission Lehrerbildung (HKL) sein, die im Auftrag sozialdemokratischer Senatorinnen erarbeitet wurden.